

SPARTAKIST 4

HERAUSGEGEBEN VOM DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS



Extrablatt

9. März 2014

€ 0,20

Ukraine nach dem rechten Putsch EU/US-Imperialisten hysterisch über russische Intervention

Der folgende leicht aktualisierte Artikel erschien zuerst in Workers Vanguard (Nr. 1041, 7. März 2014), Zeitung unserer Genossen der Spartacist League/U.S.

Der russische Machthaber Wladimir Putin entsandte entsprechend einem Beschluss des russischen Parlaments Truppen auf die Krim, und prompt läuft nun die westliche Propagandamaschinerie zu hysterischer Höchstform auf. US-Außenminister John Kerry verlautbarte, Russland müsse für seinen territorialen Übergriff einen „hohen Preis“ zahlen, und drohte damit, Russland aus dem imperialistischen G8-Gremium zu werfen und russische Auslandsguthaben einzufrieren. Ohne jegliche Spur von Ironie predigte Kerry: „Im 21. Jahrhundert benimmt man sich einfach nicht wie im 19. Jahrhundert, man marschiert nicht unter einem völlig an den Haaren herbeigezogenen Vorwand in ein anderes Land ein.“ Afghanistan, Irak, Libyen, Syrien usw. – die Liste der Länder, die von den US-Imperialisten „im 21. Jahrhundert“ bedroht oder überfallen wurden, ist ellenlang. Tatsächlich haben bei den Ereignissen in der Ukraine gerade die US-, aber ebenso die EU-Imperialisten in ganz erheblichem Umfang ihre Hände im Spiel.

Russlands Intervention auf der Krim ist eine direkte Antwort auf den Sturz der Regierung in der ukrainischen Hauptstadt Kiew. Am 22. Februar wurde der korrupte pro-russische Präsident Wiktor Janukowitsch durch einen rechten Putsch gestürzt, der von Faschisten angeführt und von den USA und der EU unterstützt wurde; Janukowitsch floh dann nach Russland. Jetzt haben die mit Molotowcocktails bewaffneten Schläger, die die Führung der drei Monate andauernden Massenmobilisierungen in den Straßen Kiews bildeten und dabei Regierungsgebäude besetzten und der Polizei rabiat entgegentraten, die Oberhand. Die Faschisten der Swoboda-Partei stellen in der neuen Regierung den stellvertretenden Premierminister und mehrere weitere Minister. Der Swoboda-Mitbegründer Andrej Parubi ist jetzt Chef des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates, der die Streitkräfte unter Kontrolle hat. Neuer stellvertretender Premierminister, zuständig für Wirtschaft, ist Oleksandr Sych von Swoboda, ein Parlamentsabgeordneter, der dafür berüchtigt ist, dass er Abtreibungen grundsätzlich verbieten will, selbst im Falle einer Vergewaltigung. Während Arsenij Jazenjuk, Washingtons Favorit und Chef der Vaterland-Partei, jetzt als Premiermi-



Reuters-Karte (adaptiert); ukrainische Volkszählung von 2001

Prozentsatz der Ukrainer, deren Muttersprache Russisch ist

Die Krim ist russisch

nister an der Spitze steht, diktieren die Schläger vom Maidan weiterhin die Politik.

Die Machtübernahme durch einen rechten ukrainisch-nationalistischen Putsch beunruhigte zutiefst vor allem die Bevölkerung in russischsprachigen Gebieten der Ost- und Südostukraine. Tatsächlich schaffte das neue Regime in einer seiner ersten Amtshandlungen ein Gesetz von 2012 ab, das Russisch und andere Minderheitensprachen als Amtssprachen zuließ. Das wurde zu Recht als Angriff auf die nichtukrainischen Minderheiten verstanden und führte weitverbreitet zu Protesten, sogar in Lwiw, wo die Faschisten beträchtlichen Rückhalt haben. 13 der 27 Bezirke der Ukraine, vor allem in der Ostukraine, hatten Russisch als zweite Amtssprache angenommen und zwei westliche Bezirke Rumänisch, Ungarisch und Moldawisch. Die Krim – wo 58,5 Prozent der Bevölkerung ethnisch russisch, 24,4 Prozent ukrainisch und 12,1 Prozent Tataren sind – traf Kiews neues chauvinistische Gesetz besonders hart, da etwa 97 Prozent der zwei Millionen Menschen des Gebiets ungeachtet ihrer ethnischen Zugehörigkeit Russisch als Hauptsprache benutzen.



dpa

Kiew, 7. März: Vizekanzler Sigmar Gabriel (SPD) und deutscher Botschafter besichtigen den Maidan. Das mittlerweile ausgebrannte Gewerkschaftshaus (im Hintergrund) wurde zu Beginn der Proteste von Faschisten gestürmt

Das russische Militär hat unter Mithilfe örtlicher „Selbstverteidigungs“kräfte die Kontrolle über die Autonome Republik Krim hergestellt. Berichten zufolge wechselte die Mehrheit der ukrainischen Soldaten auf der Krim die Seite, einige schieden aus dem Dienst aus. Mittlerweile lief der Chef der ukrainischen Marine auf die russische Seite über, ebenso die 800 auf einem ukrainischen Luftwaffenstützpunkt auf der Krim stationierten Soldaten. Auch auf die Ostukraine haben die Unruhen übergegriffen.

Auf der Halbinsel Krim gibt es zahlreiche russische Soldaten und Marineangehörige. Im Einvernehmen mit vorhergehenden ukrainischen Regierungen ist die Stadt Sewastopol Heimatstützpunkt der russischen Schwarzmeerflotte. Die neue prorussische Regierung auf der Krim hat für den 16. März eine Volksabstimmung anberaumt, die über den Status des Gebiets entscheiden soll: Teil der Ukraine zu bleiben oder De-facto-Unabhängigkeit und engeren Anschluss an Russland zu suchen.

Wie nicht anders zu erwarten, verurteilte die neue ukrainische Regierung Putins Intervention als eine russische Besetzung ukrainischen Territoriums, und bürgerliche Exper-

ten zogen Vergleiche zum russisch-georgischen Krieg von 2008. Die russische Militärintervention auf der Krim hat *keine Ähnlichkeit* mit jenem Krieg, bei dem russische Streitkräfte auf georgisches Gebiet vordrangen. Damals vertraten Marxisten eine revolutionär-defätistische Linie und widersetzten sich beiden bürgerlichen Streitkräften. (Georgien wurde vom westlichen Imperialismus unterstützt.)

Im Gegensatz zur gängigen Darstellung in den westlichen Medien ist die russische Intervention auf der Krim kein Einmarsch in ein „fremdes Land“, ungeachtet des formalen Status der Krim als Teil der Ukraine. Die Krim war seit Ende des 18. Jahrhunderts, als sie dem Osmanenreich abgerungen wurde, russisch. Erst 1954 trat dann der sowjetische Partei- und Staatschef Nikita Chruschtschow die Krim an die ukrainische Sowjetrepublik ab. Dies gewann später mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion an Bedeutung, als das Schicksal der Region zum Gegenstand erhitzter Debatten zwischen den mittlerweile bürgerlichen Staaten Russland und Ukraine wurde. 1991 wurde der Versuch von Einwohnern, eine Volksabstimmung über die Unabhängigkeit der Krim abzuhalten, von der ukrainischen Regierung auf unbestimmte

Zeit verboten.

Der Hauptwiderstand innerhalb der Krim gegen eine Lostrennung von der Ukraine kommt von den Tataren, einem überwiegend muslimischen Turkvolk. Am 26. Februar brachen in der Krim-Hauptstadt Simferopol Kämpfe zwischen Tataren und pro-russischen Demonstranten aus, bei denen zwei Menschen getötet und 30 verletzt wurden. Das Misstrauen bei den Tataren gegen die russischen Behörden geht zurück auf die Zeit Josef Stalins, der die Krimtataren 1944 massenhaft aus ihrer historischen Heimat nach Zentralasien und in andere Teile der Sowjetunion deportierte.

Seit der konterrevolutionären Zerstörung des degenerierten sowjetischen Arbeiterstaates 1991/92 haben wir stets betont, dass alle Werktätigen im Kampf gegen kapitalistische Ausbeutung und alle Erscheinungsformen von Unterdrückung, nationaler Unterjochung und antijüdischer Hetze zusammenstehen müssen. In einer Erklärung der Internationalen Kommunistischen Liga vom 3. April 1995, die herausgegeben wurde, als wir im Rahmen einer antikommunistischen Hexenjagd aus der Ukraine verbannt wurden, hoben wir hervor: „In unserem Streben die demokratischen Rechte der Werktätigen und aller Nationalitäten durchzusetzen und zu verteidigen, glauben wir heute, dass eine Volksabstimmung über die nationale Zugehörigkeit auf der Krim und in Tschetschenien angebracht ist.“ (*Spartakist* Nr. 118, Mai/Juni 1995)

Die Bevölkerung der Krim hat das uneingeschränkte Recht auf Selbstbestimmung, einschließlich Unabhängigkeit oder Anschluss an Russland. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt mag es sein, dass die Ausübung dieses Rechts von der Unterstützung russischer Streitkräfte abhängt. Tatsächlich war es die neue Krim-Regierung, die um ein russisches Eingreifen bat.

Für Marxisten ist es prinzipienfest, die russische Intervention auf der Krim zu unterstützen, solange Russland für die unter ukrainischer Herrschaft vielfach unterdrückte Minderheit der Krimtataren besondere Rechte durchsetzt. Dass die Krim jemals der Ukraine zugesprochen wurde, war ein dummer Verwaltungsfehler des Chruschtschow-Regimes und widersprach sowohl der Geschichte als auch der nationalen und sprachlichen Struktur der Krim. Die Entwicklung

Seminar der Spartakist-Jugend

Der Spanische Bürgerkrieg von 1936 bis 1939

**Volksfront: Keine Taktik,
sondern Verrat an der Revolution**

Donnerstag, 20. März, 18:30 Uhr

Café Commune (Hinterzimmer)
Reichenberger Straße 157, 10999 Berlin
Nähe U-Bhf. Kottbusser Tor

bleibt natürlich abzuwarten, doch die neuen Behörden haben zumindest verbal erklärt, dass sie den Belangen der Tataren wieder zu ihrem Recht verhelfen wollen. Der Vizepremierminister der Krim, Rustam Temirgaliew, erklärte, dass die örtliche Regierung den Krimtataren einen Platz im Obersten Rat anbieten will und dass es reichlich finanzielle Hilfe für Rücksiedlungs- und Wiedereingliederungsprogramme für die in der Stalin-Ära Deportierten geben werde (*Russia Today*, 2. März).

Für das Recht *aller* Nationen auf Selbstbestimmung!

Das Recht auf Selbstbestimmung und andere nationale Rechte gelten für die Völker *aller* Nationen, auch die von Großmächten wie Russland. Als Marxisten haben wir von jeher die Methodik abgelehnt, nach der demokratische Rechte nur für gewisse „fortschrittliche“ Völker gelten im Gegensatz zu solchen, die für „reaktionär“ erklärt werden. Zum Beispiel unterdrückt der zionistische Staat die Palästinenser brutal, doch wir erkennen die nationalen Rechte israelischer Juden ebenso an wie die der Palästinenser und bekämpfen die Auffassung, dass die Juden ins Meer getrieben werden sollten. In Nordirland wird die katholische Minderheit von der (dünnen) protestantischen Mehrheit und dem britischen Staat unterdrückt. Aber wir erkennen an, dass die Protestanten eine eigenständige Gemeinschaft bilden, und sind gegen ihre zwangsweise Wiedervereinigung in einen irisch-katholischen Staat. Wir treten für eine irische Arbeiterrepublik als Teil einer freiwilligen Föderation von Arbeiterrepubliken auf den britischen Inseln ein.

Selbstbestimmung ist ein demokratisches Recht und kein absolutes. Ihre Anwendung ist den Erfordernissen des Klassenkampfes untergeordnet. Sollten zum Beispiel die russischen Kräfte die Machtübernahme auf der Krim dazu benutzen, die Unterdrückung der Tataren zu verschärfen, wäre es prinzipiell, die russische Intervention zu unterstützen.

Wie der bolschewistische Führer W. I. Lenin betonte, ist die Anerkennung des Rechts auf Selbstbestimmung ein Weg, wie man die nationale Frage vom Tisch bekommt und die kämpferische Einheit des Proletariats herstellt, was die Werktätigen unterschiedlicher Nationen in die Lage versetzt, zu erkennen, wer ihre wirklichen Feinde sind – nämlich ihre jeweilige Kapitalistenklasse. Wir sind unversöhnliche Gegner des russischen Nationalismus, da wir Gegner aller Formen von Nationalismus sind. So unterstützten wir das tschetschenische Volk bei seinen militärischen Kämpfen für Unabhängigkeit gegen seine brutalen russischen bürgerlichen Unterdrücker sowohl unter Boris Jelzin als auch unter Wladimir Putin.

Mit der Intervention auf der Krim versucht Putin die Interessen des kapitalistischen Russlands gegen die westlichen Imperialisten zu verteidigen, die darauf aus sind, an seiner Grenze einen Klientenstaat zu errichten. Gleichzeitig über-

schneiden sich – im Kontext zunehmender Feindseligkeiten gegen ethnische Russen in der Ukraine – Russlands realpolitische militärische Manöver mit sehr realen nationalen Ängsten der Russen auf der Krim.

Die Arbeiter müssen die Faschisten von den Straßen fegen!

Unsere Haltung zur russischen Intervention auf der Krim bedeutet nicht die geringste politische Unterstützung für



Fotos: Reuters

Oben: EU-Außenbeauftragte Catherine Ashton bei Treffen mit Oleg Tjagnibok von der faschistischen Swoboda-Partei (links) und Vitali Klitschko, der von den deutschen Imperialisten unterstützt wird. Unten: Der „Rechte Sektor“ exerziert im Stadtzentrum Kiews, 25. Januar.



Putins kapitalistisches Regime, und ebenso bedeutet unsere Opposition gegen den ukrainischen Putsch keinerlei politische Unterstützung für Janukowitsch und seine Kumpane. Im Vorfeld des Putsches wäre es notwendig gewesen, gegenüber den nationalen und ethnischen Spaltungen, unter denen dieses Land leidet, proletarischem Klassenkampf Geltung zu verschaffen. Die Mobilisierung der Arbeiterklasse in der Ukraine, um die Faschisten von den Straßen Kiews zu fegen, hätte im Interesse des internationalen Proletariats gelegen. Heute wäre es gewiss im Interesse des Proletariats,

multiethnische nicht-sektiererische Arbeitermilizen zur Zerschlagung der Faschisten und zur Abwehr jeglicher Art kommunalistischer Gewalt zu bilden.

In unserem Artikel „Ukraine: Rechter Putsch geführt von Faschisten, unterstützt von EU/USA“ (*Spartakist* Nr. 202, März 2014) zeigten wir die heftige Rolle auf, die Faschisten bei den regierungsfeindlichen Demonstrationen in der Ukraine spielten. Doch trotz reichlicher Beweise, dass Neonazis die jetzt an der Macht befindliche Opposition fest im Griff haben, möchten die *New York Times* und andere Sprachrohre der amerikanischen herrschenden Klasse sie nicht bei ihrem richtigen Namen nennen. Die westlichen Medien ver-



1. März: Prorussische Truppen am Stadtrand von Sewastopol auf der Krim, wo Russlands Schwarzmeerflotte stationiert ist

kaufen weiterhin die Lüge, dieser Putsch sei das Ergebnis einer „friedlichen Revolution“ für Demokratie und gegen Korruption.

Swoboda ist eine faschistische jüdenfeindliche Partei, deren Führer Oleg Tjagnibok behauptet, eine „Moskauer jüdische Mafia“ beherrsche die Ukraine. Diese Partei stammt von den ukrainischen Nationalisten unter Führung Stepan Banderas ab, der während des Zweiten Weltkriegs mit den Nazis militärisch kollaborierte und Massenmorde an Juden, Kommunisten, Sowjetsoldaten und Polen beging. Anfangs nannte die Partei sich Sozialnationalistische Partei der Ukraine, eine bewusste Bezugnahme auf die deutsche (nationalsozialistische) Nazi-Partei. Im Januar führte Swoboda zum Gedenken an ihren Helden Bandera einen Fackelzug von 15 000 Teilnehmern in Kiew und einen weiteren in ihrer Hochburg Lwiw in der Westukraine durch.

Noch rechtere Gruppen wie der Rechte Sektor, der Swoboda für zu „liberal“ und „konformistisch“ hält, überflügelte Swoboda dann bei den Protesten noch. Sie setzten paramilitärische Banden ein und lenkten die Stoßrichtung bei den Demonstrationen in Kiew in Richtung Angriffe auf die Polizei mit dem Ziel, die Regierung zu stürzen. Nach dem Putsch zerstörten Unterstützer des Rechten Sektors in Strji im Bezirk Lwiw ein nationales Denkmal für die Soldaten der Roten Armee, die für die Befreiung der Ukraine von Nazi-Deutschland gefallen waren. (Auch Dutzende von Leninstatuen wurden in den vergangenen Monaten niedergedrückt.) Oleksandr Muzichko, Führer der westukrainischen Sektion der Gruppe, schwor, gegen „Juden, Kommunisten und rus-

sischen Abschaum [zu kämpfen,] bis ich sterbe“. Muzichko brachte zum Ausdruck, dass der Rechte Sektor Herr der Lage sei; er verkündete, dass die Regierung gestürzt sei und nun „Ordnung und Disziplin herrschen wird“ oder „Trupps des Rechten Sektors werden die Bastarde auf der Stelle erschießen“.

Soweit jetzt in der Ukraine nach dem Putsch überhaupt eine Regierung existiert, werden deren Gesetze größtenteils von diesen neonazistischen, russophoben, jüdenfeindlichen, ultranationalistischen Gruppierungen diktiert. Zusätzlich zur Aberkennung des amtlichen Status für Minderheitensprachen verbot das neue Regime in den westlichen Regionen der Ukraine sowohl die „Kommunistische“ Partei (KP) der Ukraine, die mit dem bürgerlichen Janukowitsch-Regime offen zusammenarbeitete, wie auch Janukowitschs Partei der Regionen. Die KP, die nach eigenen Angaben 115 000 Mitglieder und mehr als 2 Millionen Wähler hat, berichtet, dass ihre Unterstützer schikaniert und geschlagen worden seien und das Haus des KP-Führers niedergebrannt worden sei. Inzwischen rief ein Kiewer Rabbi mit Hinweis auf „ständige Warnungen davor, dass Angriffe auf jüdische Institutionen beabsichtigt sind“, die jüdische Bevölkerung auf, die Stadt und wenn möglich auch das Land zu verlassen. Tatsächlich wurde am 24. Februar auf eine jüdische Synagoge in Saporoschje in der Südostukraine ein Brandanschlag verübt. Eine Erklärung des russischen Außenministeriums vom 3. März stellte fest: „Die Verbündeten des Westens sind jetzt unverhohlene Neonazis, die orthodoxe Kirchen

und Synagogen zerstören.“

Die gegenwärtige Krise in der Ukraine wurde durch Janukowitschs Entscheidung ausgelöst, eine „Partnerschaft“ mit der EU auszuschlagen. Das Abkommen war an einen IWF-Kredit geknüpft, der die ukrainische Arbeiterklasse auf Hungerration gesetzt hätte, wie es den Griechen und anderen ergangen ist. Die in der US-Regierung für europäische und eurasische Angelegenheiten zuständige Victoria Nuland, die EU-Außenbeauftragte Catherine Ashton, US-Senator John McCain und zahlreiche weitere amerikanische und europäische Politiker eilten zum Maidan-Platz in Kiew, um die Demonstranten zu ermutigen und ihre Unterstützung zu zeigen. Am 17. Dezember bot der russische Präsident Putin dem finanziell klammen Janukowitsch einen 15-Milliarden-Dollar-Kredit und niedrigere Gaspreise an. Dies war bei weitem nicht genug, um das Land aus der Armut herauszuführen, doch es hätte für die Ukraine, die am Rande der Zahlungsunfähigkeit steht, eine zeitweilige Atempause bedeutet. Putins Kredit wurde vom US-Senat sofort als „russische wirtschaftliche Erpressung“ denunziert.

Was zur Zeit in der Ukraine passiert, ist in jeder Hinsicht das Ergebnis der kapitalistischen Konterrevolution, die den sowjetischen bürokratisch degenerierten Arbeiterstaat zerstörte und verheerende Auswirkungen auf die Wirtschaft und die Völker der ehemaligen Sowjetrepubliken hatte. Der ukrainischen Wirtschaft, die in die gesamtsozialistische wirtschaftliche Arbeitsteilung eingebunden war, wurde ein schwerer Schlag versetzt. In der gesamten ehemaligen UdSSR ging der Lebensstandard stark zurück. In der Ukra-

ine betrogen die Reallöhne im Jahr 2000 allenfalls noch ein Drittel der Höhe von 1991, während die Beschäftigung in der Industrie zwischen 1991 und 2001 um 50 Prozent zurückging.

Als ehemalige Sowjetrepublik ist die Ukraine wirtschaftlich immer noch sehr von Russland abhängig. Der Großteil der Industrie – die Produktion von Stahl, Metallen, Eisenbahnwaggons und nuklearer Ausrüstung – ist in der stark russifizierten und orthodoxen Ostukraine angesiedelt, nicht im eher ländlichen und uniert-katholischen Westen. Die Industriebetriebe sind für Russland sehr wichtig, aber für die westlichen Imperialisten nutzlos, und die Imperialisten wollen sie plattmachen.

Die 46 Millionen Menschen zählende Bevölkerung der Ukraine ist tief gespalten, wobei ein Großteil der Westukraine engere Beziehungen zur EU möchte, während die östlichen und südlichen Regionen von Russland Unterstützung erhoffen. Das Land war auch zwischen korrupten Gangs kapitalistischer Magnaten polarisiert, die sich einst gegenseitig dabei halfen, sich durch Diebstahl des über Jahrzehnte von der multinationalen sowjetischen Arbeiterklasse aufgebauten industriellen Reichtums massiv zu bereichern. Einige dieser Oligarchen, die auf mehr europäische Investitionen aus sind, richten sich nach dem Westen aus. Unterstützung für Janukowitsch kam aus der Ostukraine und der Krim, die mit Russland Handel treiben.

Die ukrainische Arbeiterklasse, die Anfang der 1990er-Jahre in der östlich gelegenen Donezk-Industrieregion Kampfgeist bewiesen hatte, ist bisher als Klasse ruhig geblieben. Zweifellos haben die Arbeiter wenig Sympathie für den Mafiachef Janukowitsch. Doch der von Faschisten herbeigeführte pro-imperialistische Putsch in der Ukraine setzt die Arbeiterklasse noch weit brutalerer Ausbeutung durch die Imperialisten aus.

Großmachtrivalitäten

Sich mit Ultrareaktionären und Faschisten einzulassen hat die „demokratischen“ US-Imperialisten nie gestört. Tatsächlich sind die Bandera-Leute alte Freunde Washingtons. Nach dem Zweiten Weltkrieg schützten die westlichen Geheimdienste Banderas Einheiten und setzten sie als Guerillatruppe gegen die Sowjets ein, machten sie auch zu einer Hauptstütze von Radio Free Europe. Heute, wo die ukrainische herrschende Klasse und ihre imperialistischen Paten härtere Austeritätsmaßnahmen brauchen, um die Profite fließen zu lassen, könnten ihnen die Faschisten gelegen kommen, um den Brennpunkt sozialer Unzufriedenheit von den Oligarchen und ausländischen Kapitalisten auf Minderheiten wie Juden und Emigranten abzulenken oder hart gegen kämpferische Arbeiter und Linke loszuschlagen.

Als Barack Obama an die Macht kam, redete er davon, in den Beziehungen mit Russland einen Neuanfang machen zu wollen. Doch die heutige Haltung der USA gegenüber Russland erinnert eher an die Tage der Dulles-Brüder zur Zeit des Kalten Krieges der 1950er-Jahre; die Schmähung Russlands ist konstantes Leitthema in Medien wie auch bei Politikern. Allerdings geht es bei der Feindschaft der US-Imperialisten gegenüber Russland nicht mehr um den Umsturz der kollektivierten Eigentumsverhältnisse, die durch die Oktoberrevolution 1917 errichtet worden waren. Heute ist es vielmehr ein Ausdruck von „Großmacht“politik.

Sieben Jahrzehnte Planwirtschaft hatten Sowjetrussland aus einem überwiegend bäuerlichen in ein zum Großteil verstädtertes Land verwandelt, bei ungefährender militärischer Parität mit den USA, mit qualifizierten Arbeitskräften und einer sehr bedeutenden Anzahl an hochqualifiziertem wissenschaftlichen und technischen Personal. Hauptsächlich Dank der hohen Öl- und Gaspreise in den vergangenen Jahren hat sich die russische Wirtschaft von der Katastrophe



Spartakist

Berlin, 8. März: Spartakist-Kontingent bei Demo zum internationalen Frauentag

der „Schocktherapie“ im Gefolge der kapitalistischen Konterrevolution erholt. Russland ist der weltgrößte Öl- und Gasproduzent und besitzt immer noch ein beträchtliches Atomwaffenarsenal. Es hat auch einen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat und die Macht, zeitweilig Stachel im Fleische der USA zu sein, wie etwa bei Obamas Angriffsdrohung gegen Syrien im vergangenen Jahr.

Bei ihrer ständigen Jagd nach der Weltoberherrschaft versuchen die USA, Russlands Stärke auf eine Regionalmacht zu beschneiden, indem sie die NATO immer weiter nach Osteuropa ausdehnen und durch eine Reihe nach Farben benannter „Revolutionen“ in ehemaligen Sowjetrepubliken willfähige Regime zu installieren versuchen. Die USA haben auch in ganz Zentralasien und anderswo an der

SPARTAKIST 4

www.spartakist.de

Abonniert die Zeitung der SpAD!

Jahresabo (6 Ausgaben): € 4,-

Auslandsabo: € 7,50 Übersee Luftpost: € 10,-

Alle Abos enthalten *Spartacist* (deutsche Ausgabe)

Name _____

Adresse _____

Telefon _____

E-Mail _____

9. März 2014

Bestellt bei: Verlag Avantgarde, Postfach 2 35 55, 10127 Berlin
Konto 1 1988-601, Postbank Frankfurt/Main, BLZ 500 10060
IBAN DE11 5001 0060 0011 9886 01, BIC PBNKDEFF

Peripherie Russlands Militärstützpunkte eingerichtet. Diese militärische Ausbreitung zielt darauf ab, nicht nur das kapitalistische Russland einzukreisen, sondern auch China, den größten und mächtigsten der verbliebenen bürokratisch deformierten Arbeiterstaaten. Russland seinerseits ging oft genug mit dem amerikanischen Imperialismus konform. So erlaubt zum Beispiel Russland den USA seit 2009 den Transport von Truppen und Waffen durch seinen Luftraum nach Afghanistan; zuvor hatte es den Transport durch sein Territorium auf „nicht-tödlichen“ Nachschub beschränkt.

Mit atemberaubender Scheinheiligkeit beschuldigen USA und EU – mit ihren Mediensprachrohren im Schlepptau – Russland der „Einmischung“ in die Angelegenheiten der Ukraine. Tatsächlich sind es die Imperialisten, die ihre schmutzigen Hände überall in der Ukraine drinstecken haben. Als im vergangenen Monat ein Telefongespräch Victoria Nulands mit dem US-Botschafter in der Ukraine Geoffrey Pyatt an die Öffentlichkeit durchsickerte, drehte sich in den Medien alles um ihre Äußerung „Fuck the EU“. Verschwiegen wurde aber die Tatsache, dass dies ein Wortwechsel darüber war, wer nach Janukowitsch die Macht übernehmen sollte, wobei Nuland den vom deutschen Imperialismus geförderten ehemaligen Boxer Vitali Klitschko (der tatsächlich in Deutschland Steuern zahlt) als Kandidaten rundweg ablehnte. Professor Stephen Cohen beschrieb in einem Interview mit *Democracy Now!* vom 20. Februar das Telefongespräch treffend: „Die höchstrangige Beamtin des Außenministeriums, die mutmaßlich für die Obama-Regierung spricht, und der amerikanische Botschafter in Kiew planen, um es klipp und klar zu sagen, einen Staatsstreich gegen den gewählten Präsidenten der Ukraine.“

Bei dem jüngsten Putsch spielte die EU – unter Federführung Deutschlands, Frankreichs und Polens – eine führende Rolle als Rammbock für eine IWF-Austeritätspolitik. Die EU ist ein von Deutschland dominierter imperialistischer Handelsblock, und ihr „Angebot“ einer Partnerschaft würde für die ukrainische Arbeiterklasse nur noch stärkere Armut bedeuten. Der mit dem EU-Abkommen verbundene IWF-Kredit macht zur Auflage, dass die Ukraine keinerlei finanzielle Unterstützung von Russland annimmt. Er verlangt die Streichung von Gas- und Ölzuschüssen für Ukrainer und macht es so vielen unmöglich, im eisigen Winter ihre Wohnungen zu beheizen. Er verlangt weitere und noch viel drastischere Privatisierungen öffentlicher Dienstleistungen und der Industrie. Kurz gesagt, er würde eine massive wirtschaftliche Verelendung der Werktätigen der Ukraine, im Osten wie im Westen, bewirken.

Ironischerweise lehnte Janukowitsch, der sehr gerne mit der EU zusammengearbeitet hätte, das Kreditabkommen vermutlich deswegen ab, weil er fürchtete, die sozialen Folgen des damit verbundenen Austeritätspakets politisch nicht zu überleben. Schon allein um in den nächsten zwei Jahren ihre Kredite bedienen zu können, braucht die Ukraine etwa 35 Milliarden Dollar. Aber die EU- und US-Imperialisten bieten tatsächlich nicht viel an.

Regierungssozialisten

Während sich die westlichen bürgerlichen Medien dabei überschlagen, die reaktionären Demonstrationen in Kiew als einen „Kampf für Demokratie“ darzustellen, stimmt die International Socialist Organization (ISO) mit ihrer eigenen Liedversion in den Chor ein. In einem Artikel vom 24. Februar auf socialistworker.org heißt es zwar, dass Faschisten wie der Rechte Sektor „zunehmend an der Spitze der Zusammenstöße mit Regierungskräften“ stehen, und weiter: „Die Bedrohung durch die extreme Rechte in der Ukraine darf nicht heruntergespielt werden.“ Dennoch fährt der Artikel fort, „es wäre falsch, die Protestbewegung wegen [deren] Präsenz in Bausch und Bogen abzulehnen“, und be-

schreibt die Proteste in Kiew als eine „Aktion von unten“. Das waren die Amokläufe der Nazi-Sturmabteilungen auch!

Die ISO geht noch weiter und ruft auf zu „einer Basisbewegung unter Einschluss unabhängiger Arbeiterorganisationen, Gewerkschaften und einer gestärkten Linken, um innerhalb des Maidan eine Atmosphäre der Solidarität zu schaffen, in der die giftige Botschaft des Hasses verkümmert und abstirbt“ [unsere Hervorhebung]. Um es deutlich zu sagen, hier ruft die ISO Arbeiter dazu auf, einer Bewegung, die von Faschisten und Kräften der extremen Rechten kontrolliert wird, beizutreten und sie zu unterstützen. Jeder kämpferische Arbeiter, der sich zu seinem Unglück von der ISO hätte beeinflussen lassen, wäre Teilnehmer eines faschistisch geführten Putsches geworden.

Naive linke Gruppen, Gewerkschafter und Schwulenaktivisten, die an den Protesten teilzunehmen versuchten, wurden mit Waffengewalt vom Platz getrieben und geschlagen. Die ISO ist die Gesellschaft von Erzreaktionären gewohnt. Seit ihren Anfängen in den 1950er-Jahren steht die internationale Tendenz der ISO – einschließlich ihrer einstigen Partner von der britischen Socialist Workers Party – stets an der Seite des „demokratischen“ Imperialismus. Bei Ausbruch des Koreakriegs wandte sie sich durch ihre Weigerung, die Sowjetunion, China und Nordkorea zu verteidigen, vom Trotzkismus ab und unterstützte seitdem im Namen des „Antistalinismus“ jede nur erdenkliche Kraft, die sich gegen den sowjetischen Arbeiterstaat richtete. In diesem Rahmen beschönigten sie auch General Andrej Wlassow, den Führer der russischen Faschisten, der im Zweiten Weltkrieg auf der Seite von Hitlers Nazis kämpfte.

Die Russische Revolution und die nationale Frage

Die bolschewistische Partei, die die Oktoberrevolution von 1917 anführte, vertrat unerschütterlich die Gleichheit aller Nationen, Völker und Sprachen. Die Bolschewiki stellten sich gegen jegliche Form nationaler Ungleichheit oder Bevorzugung. Das versetzte sie in die Lage, die Werkstätigen – Russen, Juden, Armenier, Aserbaidschaner, Ukrainer usw. – dafür zu mobilisieren, die Herrschaft der Kapitalisten und Gutsherren zu stürzen.

In den ersten Jahren nach der Oktoberrevolution verteidigten die Bolschewiki die Rechte der unterschiedlichen Völker und Nationalitäten des Landes beharrlich. Zum Beispiel wurde 1921 innerhalb der Russischen Föderation die Autonome Republik der Krim eingerichtet; etwa ein Fünftel ihrer Bevölkerung waren Krimtataren. In den ersten Jahren der Sowjetmacht gab es eine ausgeprägte Entwicklung krimtatarischer Nationalkultur: Die Tataren gründeten nationale Forschungszentren, Museen, Bibliotheken und Theater. Doch mit dem Triumph und der Konsolidierung einer stalinistischen Bürokratie seit 1923/24 begann großrussischer Chauvinismus zu gedeihen. Innerhalb weniger Jahre wurde krimtatarische Sprache und Literatur nicht mehr gelehrt, und alle Veröffentlichungen in der Sprache wurden verboten.

Als die Nazis 1941 in die Sowjetunion einmarschierten, begrüßte sie ein Teil der Tataren als Befreier. Aber viele andere Tataren kämpften in der Sowjetarmee gegen Deutschland. Aus Rache unterzog Stalin dann die krimtatarische Bevölkerung einer Kollektivbestrafung. 1944 wurden etwa 180000 Tataren nach Zentralasien und in andere Teile der UdSSR deportiert. Den Tschetschenen und Wolgadeutschen erging es ähnlich. Fast die Hälfte der Tataren starb auf dem Weg ins Exil. Erst 1967 begannen die Sowjetbehörden mit der „Rehabilitierung“ der Tataren. Dass die Tataren erst weitere zwei Jahrzehnte später wieder auf die Krim zurückkehren durften, sorgte bei ihnen für große Verbitterung.

Es wäre jedoch ein Fehler, die Nationalitätenverhältnisse

Faschistische Brut in der Ukraine, damals und heute



Süddeutscher Verlag



Hulton

Oben links: Ukrainische Dorfbewohner begrüßen Nazi-Truppen während des Zweiten Weltkriegs. Oben rechts: SS begeht Massaker an Juden in Babi Jar bei Kiew, 1941. Unten links: Truppen des ukrainischen Faschisten Stepan Bandera, hier 1946, kämpften gegen die sowjetische Armee, die Osteuropa von den Nazis befreite. Unten rechts: Kundgebung in Kiew, Oktober 2009, feiert Bandera, der 1959 vom sowjetischen KGB hingerichtet wurde

ITAR-TASS

Kyiv Post



im sowjetischen degenerierten Arbeiterstaat als bloße Fortsetzung des zaristischen Völkergefängnisses anzusehen. Die Politik der stalinistischen Bürokratie hatte *widersprüchliche* Auswirkungen. Die Existenz der vergesellschafteten Wirtschaft mit zentraler Planung lieferte die materielle Grundlage, um rückständigere Gebiete der UdSSR, wie etwa Sowjetzentralasien, zu entwickeln. In der Ukraine fand eine bedeutende Industrialisierung und Entwicklung statt. Vollbeschäftigung, allen zugängliche medizinische Versorgung und andere Errungenschaften untergruben die bösartigsten Formen des bürgerlichen Nationalismus und Antisemitismus, die durch die Unzufriedenheit in der kapitalistischen Gesellschaft genährt werden. Während des Zweiten Weltkriegs zerschlug die Rote Armee die Nazi-Invasoren und befreite die Ukraine vom faschistischen Abschaum.

Mit der Restauration des Kapitalismus in der ehemaligen Sowjetunion kam der ganze „alte Dreck“ wieder zurück, was den Kommunalismus intensiv verschärfte und zum Wuchern nationaler Feindseligkeiten führte, wobei die Werktätigen in einem Kampf jeder gegen jeden ums Überleben gegenein-

ander ausgespielt werden. Wie wir in der Vergangenheit bemerkten, hat das Auseinanderbrechen der Sowjetunion deutlich gezeigt, wie weit die gegenseitige Durchdringung der Völker reicht und auch, wie stark das Erbe der Produktionseinheiten ist, die auf eine bürokratisch zentralisierte Planwirtschaft ausgerichtet waren. Das trifft auf die Ukraine zu, besonders in den östlichen Regionen.

Die Zukunft unter dem Kapitalismus ist düster. Weitere wirtschaftliche Verelendung könnte sehr wohl zu wachsender Verbitterung und Hader zwischen verschiedenen ethnischen Gruppen mit einer blutigen „Lösung“ der nationalen Frage führen. Wie wir am Schluss unseres Artikels zur Ukraine in *Spartakist* Nr. 202 (März 2014) feststellten: „Die entscheidende Aufgabe ist es, leninistisch-trozkistische Parteien zu schmieden, die einen kompromisslosen Kampf gegen alle Erscheinungsformen von Nationalismus und großrussischem Chauvinismus führen, als Teil einer geduldigen, aber beharrlichen Propaganda, um das Proletariat für das Programm der internationalen sozialistischen Revolution zu gewinnen.“ ■

Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

Internationale Zentrale: Box 7429 GPO, New York, NY 10116, USA
Website: www.icl-fi.org

Spartacist League of Australia

Spartacist ANZ Publishing Co.
GPO Box 3473, Sydney NSW 2001, Australia

**AUSTRALIAN
SPARTACIST** 

Marxist newspaper of the Spartacist League of Australia

A\$5/4 issues (1 year) in Australia
A\$7/4 issues—Airmail

Spartacist League/Britain

Spartacist Publications
PO Box 42886, London N19 5WY, Britain

WORKERS HAMMER 

Marxist newspaper of the Spartacist League/Britain

£3/1 year
International rate: £7—Airmail
Europe outside Britain and Ireland: £5

Trotskyist League of Canada/ Ligue trotskyste du Canada

Spartacist Canada Publishing Association
Box 6867, Station A, Toronto, Ontario M5W 1X6, Canada

SPARTACIST CANADA 

*English-language newspaper of the Trotskyist League/
Ligue trotskyste*

Cdn\$3/4 issues
International rate: Cdn\$8—Airmail

Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands

SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 2 35 55, 10127 Berlin, Germany

SPARTAKIST 

*Herausgegeben von der Spartakist-Arbeiterpartei
Deutschlands*

Jahresabo: € 4,-
Auslandsabo: € 7,50
Übersee Luftpost: € 10,-

Ligue trotskyste de France

Le Bolchévik, BP 135-10, 75463 Paris Cedex 10, France

LE BOLCHEVIK 

Publication de la Ligue trotskyste de France

4 numéros : 3 € Europe : 4,50 €
Hors Europe : 6 € Canada : 5 \$Cdn
Chèques à l'ordre de : Société d'édition 3L

Trotskyist Group of Greece

Box 8274, Athens 10210, Greece

Spartacist Group Ireland

PO Box 2944, Dublin 6, Ireland

Lega trotskista d'Italia

Walter Fidacaro, Ufficio Milano Cordusio
Casella Postale 1591, 20123 Milano (MI), Italy

SPARTACO 

Organo della Lega trotskista d'Italia

Abbonamento a 4 + supplemento: € 5
Europa: € 6 Paesi extraeuropei: € 8

Spartacist Group Japan

PO Box 49, Akabane Yubinkyoku, Kita-ku
Tokyo 115-0091, Japan

スバルタシスト

Publication of the Spartacist Group Japan

Subscription (2 years): ¥300
International: ¥600

Grupo Espartaquista de México

Ángel Briseño, Apdo. Postal 006, Admón. Postal 13
CP 03501, México, D.F., México

ESPARTACO

Publicación del Grupo Espartaquista de México

México: Méx. \$25/4 números (por correo)
Extranjero: US \$4/4 números (vía aérea)
US \$2/4 números (vía terrestre/marítima)

Spartakusowska Grupa Polski

X-Store, „Platforma Spartakusowców“, Skr. 948
Al. Jerozolimskie 123a, 02-017 Warszawa, Poland

Platforma
SPARTAKUSOWCÓW 

Pismo Spartakusowskiej Grupy Polski

Cztery kolejne numery: 6,- zł

Spartacist/South Africa

Spartacist, PO Box 61574
Marshalltown, Johannesburg 2107, South Africa

SPARTACIST SOUTH AFRICA 

Marxist publication of Spartacist South Africa

South Africa: R10/4 issues
International rate: US\$4/4 issues—Airmail

Spartacist League/U.S.

Box 1377 GPO, New York, NY 10116, USA

WORKERS VANGUARD

Biweekly organ of the Spartacist League/U.S.

US\$10/22 issues (1 year)
International: US\$25 (Airmail), US\$10 (Seamail)